



Niederschrift

**über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 05/2008-2013 am
10.03.2009 im Sitzungsraum 1.22 des Rathauses**

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 20.54 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Folker Brocks
Ausschussmitglied	Tile Abel
Ausschussmitglied	Dietmar Bittner
Stellv. Ausschussmitglied	Elisabeth von Bressensdorf
Ausschussmitglied	Doris Dosdahl
Ausschussmitglied	Dr. Dietmar Kahle
Ausschussmitglied	Thomas Lendt
Ausschussmitglied	Thomas Matthis (ab TOP 1)
Ausschussmitglied	Dieter Pemöller
Stellv. Ausschussmitglied	Siegfried Ramcke
Ausschussmitglied	Christiane Schwarz

Ausschussmitglied - ohne Stimmrecht - Frank Rauen

ferner Bürgervorsteher Carsten Schäfer (bis TOP 3)

seitens der Gemeindeverwaltung
Bürgermeister Volker Dornquast
Annegret Horn
Jens Richter
Bärbel Brix als Protokollführerin

Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 04/2008-2013 am 03.02.2009**
- 3. Haushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2009**
- 4. Überarbeitung des Berichtswesens der Gemeinde Henstedt-Ulzburg
hier: Stellungnahme der Fachausschüsse**
- 5. Bericht
- Kostensteigerung Um-/Erweiterungsbau Zentrale Feuerwache**
- 6. Umsetzung des Konjunkturpaketes II
- Antrag der SPD-Fraktion**



7. Unterrichtungen / Anfragen

8. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

Nichtöffentlich:

9. Grundstücksangelegenheiten

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Frau Donner fragt, ob die Gemeinde Henstedt-Ulzburg an Cross-Border-Leasing Geschäften (CBL) beteiligt ist und ob Geschäftsbeziehungen zum amerikanischen Versicherungskonzern AIG bestehen.

Bürgermeister Dornquast verneint. Die Gemeinde Henstedt-Ulzburg hat keine CBL-Geschäfte abgeschlossen und unterhält keine direkten Beziehungen zu AIG.

Herr Horst fragt, wie die Gemeinde Henstedt-Ulzburg ihre liquiden Gelder angelegt hat und ob sicher ist, dass sie diese angelegten Gelder wieder zurückerhält. Weiterhin möchte er wissen, ob die Kreditwürdigkeit der Gemeinde sinkt und dadurch bedingt höhere Zinsen für etwaige aufzunehmende Kredite zu zahlen sind.

Die Verwaltung informiert, dass die Gemeinde Henstedt-Ulzburg liquide Mittel in Form von Tagesgeldern bei einem öffentlich-rechtlichen Kreditinstitut anlegt. Dieses Kreditinstitut gehört einem regionalen und überregionalen Haftungsverband an, der Geldeinlagen der Gemeinde in unbegrenzter Höhe absichert.

Kommunen haben bei der Kreditwürdigkeit einen besonderen Status, weil sie eine staatliche Hilfeverpflichtung bei Zahlungsschwierigkeiten herleiten können und insolvenzunfähig sind. Daraus resultiert die gute Bonität einer Gemeinde und bewirkt, dass Kommunalkreditvergaben nicht mit Eigenkapital der Bank unterlegt werden müssen (→ sog. „Nullansatz“) und Gemeinden generell günstige Kreditkonditionen erhalten.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 04/2008-2013 am 03.02.2009“

Herr Lendt bittet um Ergänzung der Niederschrift dahingehend, dass die Ausgabenansätze für den B-Plan Nr. 127 – Langes Stück – in der Höhe in den Haushalt 2009 eingestellt werden, wie sie für die Herstellung der Erschließungsanlagen notwendig sind. Über die Ergänzung der Niederschrift besteht Einvernehmen zwischen allen Ausschussmitgliedern.

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 04/2008-2013 am 03.02.2009 werden keine weiteren Einwände erhoben; die Niederschrift ist somit genehmigt.



Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Haushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2009“

Zu diesem Tagesordnungspunkt haben alle Ausschussmitglieder neben einer Beratungsvorlage und Änderungsliste die Haushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2009 erhalten. Zusätzlich ist vor Sitzungsbeginn eine Tischvorlage (Kostenaufstellung Bebauungsplan Nr. 127 – Langes Stück) an alle Ausschussmitglieder verteilt worden.

Bürgermeister Volker Dornquast stellt den 3. Entwurf des Gemeindehaushalts 2009 vor.

In Beratung der Haushaltssperren sind sich die Ausschussmitglieder darin einig, folgende Sperrvermerke aufzuheben:

- | | |
|----------|--|
| Pos. 97 | Kindertagesstätte Theodor-Storm-Straße
Um- und Erweiterungsbau für die Einrichtung einer Kinderkrippe |
| Pos. 121 | Kindertagesstätte Schulstraße
Umbau ehemaliger Schulräume |

Weiterhin besteht Einvernehmen darin, den Sperrvermerk an Pos. 61/04 für den Umbau der Cafeteria/ Mensa im Alstergymnasium um die Pos. 61/05 - Ausstattungskosten für die Cafeteria/Mensa - zu erweitern, wobei sich die Positionsziffern auf die zweite Entwurfsfassung zum Haushalt 2009 beziehen.

Herr Pemöller stellt klar, dass die Haushaltssperren für die Brandmeldeanlagen im Schulzentrum und für die Brandschutzsanierung in der Grundschule Rhen von der SPD-Fraktion nicht mitgetragen werden. Bürgermeister Dornquast trägt dazu vor, dass beide Maßnahmen aufgrund geänderter Planung im Fachausschuss vorgestellt werden.

In weiterer Beratung werden einzelne Investitionsmaßnahmen besprochen. Besonderen Raum nimmt die Diskussion zur Erschließung des Bebauungsplanes Nr. 127 ein. Diskussionspunkte sind die Grundstückskosten, Kostenkalkulationen, Verkaufspreise und Verkaufsflächen sowie die Weiterentwicklung örtlicher Unternehmensansiedlung.

Nach einer Gesamtbeurteilung des Haushalts durch Herrn Rauen und Hr. Brocks, wobei Herr Brocks für die CDU-Fraktion die Zustimmung zum Haushalt signalisiert, beantragt Herr Lendt eine Sitzungsunterbrechung für 10 Minuten.

Vor Sitzungsunterbrechung weist Bürgermeister Dornquast auf den in letzter Sitzung offengebliebenen Antrag zu Wiederbesetzungssperren hin und empfiehlt seitens der Verwaltung, auf etwaige Sperren im Stellenplan zu verzichten.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung für 10 Minuten.

Die WHU und die SPD-Fraktion sprechen sich gegen Wiederbesetzungssperren aus. Die CDU-Fraktion befürwortet eine Wiederbesetzungssperre nur für die neu im Stellenplan geschaffenen Stellen. Herr Rauen ist der Auffassung, dass die Stelle des Energiebeauftragten nicht besetzt werden sollte.



Der geänderte Antrag des Herrn Brocks,
im Haushaltsjahr 2009 neu geschaffene Stellen ge-
mäß Stellenplan vorerst nicht zu besetzen,
7 Stimmen
4 Stimmen dafür (CDU-Fraktion)

wird mit
bei
abgelehnt.

Beschluss: Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Haushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2009 einschließlich aller Bestandteile und Anlagen gemäß Vorlage zu beschließen.

Es wird vorgeschlagen, dass der Finanz- und Wirtschaftsausschuss bzw., wenn dieses nicht zeitnah möglich ist, die Gemeindevertretung ohne Vorberatung des jeweiligen Fachausschusses über die Aufhebung etwaiger Sperrvermerke für das Haushaltsjahr 2009 entscheidet.

Beschlussfassung: Einstimmig

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:
„Überarbeitung des Berichtswesens der Gemeinde Henstedt-Ulzburg“
hier: Stellungnahme der Fachausschüsse

Siehe Vorlage.

Die Ausschussmitglieder haben über das Berichtswesen für den Finanz- und Wirtschaftsausschuss beraten und sich auf folgende Fassung verständigt:

2. Finanz- und Wirtschaftsausschuss	
a)	Abrechnungsergebnisse von Einzelvorhaben des Investitionsplanes ab einer Investitionssumme von 250.000,00 € sofort nach Fertigstellung (Schlussrechnung), ansonsten <i>im I. Quartal des Folgejahres</i>
b)	Kostenstände von Vorhaben des Investitionsplanes bei erkennbaren Abweichungen (auch bei Einzelgewerken) von mehr als 10% zur Kostenschätzung zum jeweiligen Kostensatz, der den Gremien bekanntgegeben worden ist, unverzüglich. Ist eine entsprechende Berichterstattung aufgrund der vorgesehenen Sitzungstermine nicht möglich, sind vorab sofort die Fraktionsvorsitzenden und fraktionslosen Gemeindevertreter über die Abweichung zu informieren.

Beschluss: Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss spricht sich für vorstehend beratenen Entwurf zur Überarbeitung des Berichtswesens aus.

Beschlussfassung: Einstimmig



Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Bericht - Kostensteigerung Um-/Erweiterungsbau Zentrale Feuerwache“

Siehe Vorlage.

Herr Ramcke berichtet über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Kostensteigerung für den Um- und Erweiterungsbau der Zentralen Feuerwache.

Nach Beratung und kurzer Aussprache sind alle Ausschussmitglieder damit einverstanden, die Handlungsvorschläge der Arbeitsgruppe zu beschließen.

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt, den Empfehlungen des Arbeitskreises zur Kostensteigerung im Feuerwehnanbau zu folgen und legt folgende Handlungsweise fest:

- 1. Vor Beschluss erheblicher Investitionen (ab 100.000 EUR) ist unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten durch Vergleich der Anschaffungs- oder Herstellungskosten und der Folgekosten die für die Gemeinde wirtschaftlichste Lösung zu ermitteln (z. B. auch Prüfung Einsatz eines Generalunternehmens, PPP-Modell)**
- 2. Investitionen ab einer Höhe von 100 TEUR sind mit einem Sperrvermerk zu versehen, soweit bei Veranschlagung im Haushalt nicht folgende Unterlagen vorliegen (§ 9 GemHVO):**
 - Pläne**
 - Kostenberechnungen**
 - Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die Kosten der Maßnahme, des Grunderwerbs und der Einrichtung die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter und ein Bauzeitplan ersichtlich sind**
 - Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Haushaltsbelastungen**
- 3. Seitens der Verwaltung ist bei Bauvorhaben vorab ein/e Projektleiter/in (nebst Stellvertreter/in bei Dienstaussfall) aus der Verwaltung zu benennen, die/der für die Kostenkontrolle und Kostensteuerung sowie eine Qualitätskontrolle zuständig ist.**



- 4. In den Verträgen mit Architekten ist ein verbindlicher Kostenrahmen festzusetzen, um eventuelle Schadensersatzansprüche geltend machen zu können.**

Beschlussfassung: **Einstimmig**

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:
„Umsetzung des Konjunkturpaketes II - Antrag der SPD-Fraktion“

Siehe Vorlage.

Nach einer Aussprache über den Antrag kommen die Ausschussmitglieder überein, den Antrag der SPD-Fraktion zu beschließen.

Beschluss: **Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt den Antrag der SPD-Fraktion vom 09.02.2009 zur schnellstmöglichen Umsetzung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder im Rahmen des Konjunkturpaketes II gemäß Vorlage.**

Beschlussfassung: **10 Stimmen dafür**
 1 Stimmenthaltung (Matthis)

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:
„Unterrichtungen / Anfragen“

Bürgermeister Dornquast berichtet über die Anfrage des Herrn Lendt zum Tarifabschluss der Länder. Der Vorgang ist als Anlage beigefügt.

Eine weitere Anfrage zu Differenzen bei den Einwohnerzahlen ist beantwortet aufgrund unterschiedlich zu verwendender Datenbasis. Weiterhin sieht Herr Lendt seine Anfragen zur Gesamtkostenaufstellung zum B-Plan Nr. 127 und zu Options- und privaten Flächen in Gewerbegebieten durch die Tischvorlagen zu Tagesordnungspunkt 3 und 9 als erledigt an.

Die Anfrage von Frau Dosdahl aus einer vorherigen Sitzung ist durch den Bericht der Verwaltung zur Kostenersparnis an der Schule am Beckersberg durch Neuausschreibung der Reinigung abgearbeitet.

Frau Honerlah fragt, wann der Jahresabschluss 2008 fertig ist. Bürgermeister Dornquast berichtet, dass sich der Jahresabschluss in Bearbeitung befindet und zur nächsten geplanten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 27.04.2009 fertig gestellt sein wird. Er bittet alle Ausschussmitglieder, diesen Sitzungstermin vorzumerken. Die laut Jahreskalender am 30.03.2009 geplante Sitzung fällt aus. Grund für diese Verschiebung sind die zusätzlichen Sitzungen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, die für die Beschlussfassung zum Haushalt 2009 erforderlich waren.



Zu Punkt 8 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Frau Grützbach fragt in der Angelegenheit um die zentrale Feuerwache nach, ob der Architekt nicht wegen einer falschen Kostenschätzung belangt werden kann und wer die Verantwortung dafür trägt.

Herr Ramcke antwortet, dass eine rechtliche Prüfung dieser Frage vorgelegen hat, jedoch keine Aussichten bestehen, dass eine Schadenersatzforderung erfolgreich durchzusetzen ist. Es handelt sich lediglich um eine Kostenschätzung; die Baukosten in Summe sind nicht Vertragsgegenstand. Die Verantwortung dafür tragen die politischen Gremien und die Verwaltung.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:
„Grundstücksangelegenheiten“

Die Niederschrift über diesen Tagesordnungspunkt ist als Anlage beigefügt. Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Im Anschluss an die Beratung zum vertraulichen Teil des Tagesordnungspunktes 9 stellt Herr Brocks die Öffentlichkeit wieder her und beendet die Sitzung.

gez. Folker Brocks
(Ausschussvorsitzender)

gez. Bärbel Brix
(Protokollführerin)

gesehen: gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)